

DIPLOMATIE

SCHEEL-REISE

Privat entspannt

Gefaßt erwartete der deutsche Außenminister das Urteil der amerikanischen Alliierten über Bonns Ostpolitik. Walter Scheel fand milde Richter.

William Fulbright, Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtiges, begrüßte den Bonner Gast Anfang letzter Woche in Washington: „Hier in diesem Kreise brauchen wir Ihnen keine Fragen zu stellen; hier gibt es keinen, der Sie nicht unterstützt.“

US-Außenminister William Rogers versicherte dem deutschen Kollegen, die USA seien mit Weg und Ziel dieser Politik „völlig einverstanden“. Und US-Präsident Richard M. Nixon sorgte sich weniger um die Bonner Ostpolitik als um die EWG und die Berlin-Verhandlungen. Sein Gast mochte das Thema auch nicht auf-

hauptung fanden, Brandts Ostpolitik sei ohne Rückhalt im Westen. Als neben den Senatoren Strom Thurmond (Süd-Carolina) und Gordon Allot (Colorado), rechtsgewirkten Freunden des CSU-Ultras Walter Becher, auch die alten Nato-Heroen George Ball, John McCloy und Dean Acheson gegen den Bonner Ostkurs auftraten, konnten die bundesdeutschen Brandt-Gegner den Eindruck erwecken, Kongreß und Regierung der USA schwenkten auf Widerstand.

Ende Januar meldete „Welt“-Korrespondent Heinz Barth, Senator Thurmond habe die „einmütige Zustimmung“ seiner Kollegen beantragt und erhalten, Springers gefühligen Neujahrsaufsatz gegen Bonns Ostpolitik im offiziellen „Congressional Record“ veröffentlichen zu lassen.

Was Barth seinen Lesern verschwie: Anträge zur Aufnahme von Schriftstücken in die Materialsammlung des Kongresses werden auch ohne vorherige Diskussion und meist ohne inhaltliche Kenntnisnahme angenommen, ganz gleich, wieviel Senatoren

Vorletzte Woche ging Verteidigungsminister Helmut Schmidt auf Goodwill-Tour zu US-Verteidigungsminister Melvin Laird, der auf einer Nato-Tagung im letzten Herbst den Deutschen geraten hatte, das Tempo ihrer Ostpolitik zu drosseln.

Außenminister Scheel hatte es letzte Woche leicht. Er konnte sich sogar an einem seiner beiden Washingtoner Abende privat entspannen. Am Dienstag ließ er sich in den Washingtoner Vorort McLean chauffieren, wo er seinem Ferienhaus-Nachbarn aus dem österreichischen Hintertal, dem Millionär und Schokoladenriegel-Fabrikanten Forrest Mars jr. (Werbeslogan: „Mars bringt verbrauchte Energien sofort zurück“), einen dreistündigen Freundschaftsbesuch abstattete.

DEVISENAUSGLEICH

Bar gezahlt

Im Londoner Außenministerium hob Sir Thomas Brimelow das Whiskyglas und prostete seinem Verhandlungspartner aus Bonn zu: „Die Sache ist glücklich gelaufen.“

Am letzten Dienstag hatten Sir Thomas und Delegationsführer Peter Hermes vom Auswärtigen Amt ein neues Devisenausgleichs-Abkommen fertiggestellt, das den Engländern für die nächsten fünf Jahre Bonner Zuschüsse zum Unterhalt der britischen Rheinarmee garantiert. Das Ergebnis befriedigte auch Außenminister Walter Scheel: „Die fürchterliche Quälerei der Vergangenheit hat aufgehört.“

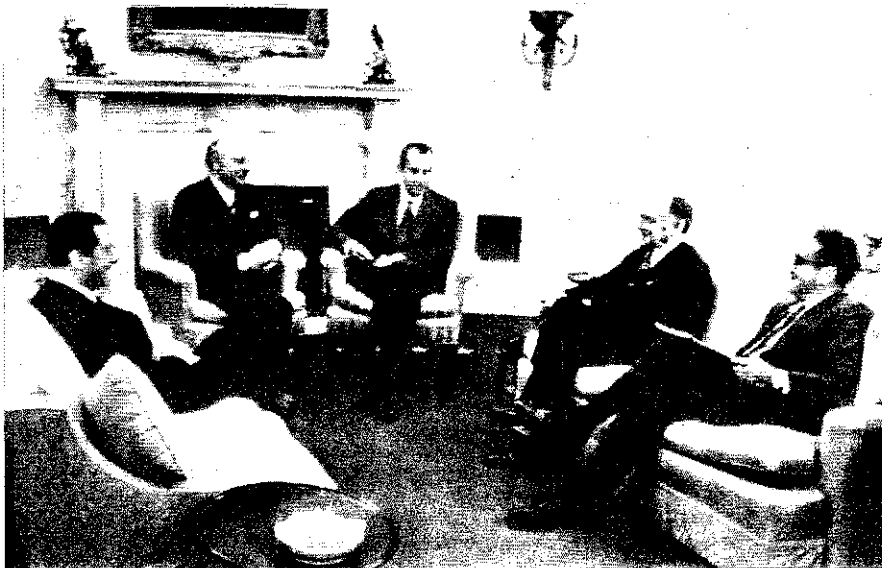
Weniger glücklich war Regierungssprecher Conrad Ahlers; sein Kommentar zu der Zahlungs-Vereinbarung: „Es wird alles nicht billiger.“

Ende März und Ende Juni dieses Jahres laufen die Verträge mit Großbritannien und den USA über Zahlungshilfe für die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte beider Länder aus, und neue Abkommen sind fällig. Zum erstenmal seit 1961 zeigt sich Bonn dabei wieder bereit, Ausgaben dieser Nato-Partner für ihre Truppen — wie zu Besatzungszeiten — auch durch Barzahlung aus dem Bundeshaushalt abzugelten.

1961 hatte die Regierung Adenauer das Ende der direkten Zahlungen Bonns an die westlichen Siegermächte, der sogenannten Stationierungskosten, proklamiert. In den folgenden zehn Jahren glich Bonn den Devisenverlust, der Amerikanern und Engländern durch die Ausgaben für ihre Soldaten in der Bundesrepublik entstand, mit einem komplizierten System von Rüstungskäufen, zinsverbilligten Krediten und dem Erwerb von wenig profitablen US-Schatzanweisungen aus.

Dabei zahlte Bonn drauf. So erstand der Bund in den USA unzweckmäßige Waffen, in England schließlich sogar zu hohen Preisen Postuniformen und Bibeln sowie Gesangbücher für die evangelischen Landeskirchen.

So möchte die Regierung Brandt Scheel das Devisengeschäft nicht fortführen. In dem neuen Abkommen mit Großbritannien, das auf fünf statt bisher zwei Jahre geschlossen wurde, verpflichtet sich die Bundesrepublik,



Nixon-Besucher Scheel, Gastgeber: „Ich habe keine Ermunterung erbeten“

bringen. Optimist Scheel nach seinem Besuch im Weißen Haus: „Ich habe keine Ermunterung des Präsidenten für unsere Ostpolitik erbeten, weil ich ja selber ganz munter bin.“

Willy Brandt hatte seinen Außenminister nach Washington geschickt, um Versäumnisse der Vergangenheit wettzumachen. Denn im Drang der ostpolitischen Geschäfte in Moskau, Warschau und Ost-Berlin hatte die sozialliberale Koalition zeitweilig ihre Beziehungen zum Hauptverbündeten im Westen vernachlässigt.

So kam es, daß die innenpolitischen Gegner der Regierung Brandt/Scheel — voran die CSU des Franz Josef Strauß, die Rechtsblätter des Axel C. Springer, die Vertriebenenverbände der Herbert Czaja und Walter Becher — immer häufiger Anlaß zu der Be-

gerade anwesend sind. Antragsteller Thurmond selber trat mit der Springer-Rede erst gar nicht im Senat auf.

Trotz der Durchsichtigkeit solcher Manöver fühlte sich die Brandt/Scheel-Regierung über die US-Haltung zur Ostpolitik zunehmend verunsichert. Als Innenminister Hans-Dietrich Genscher Mitte Januar nach New York reiste, bemühte er sich in Wendungen, die von einer Dolmetscherin und einem Konsultsbeamten eigens auf seine geringen englischen Sprachkenntnisse zugeschnitten waren, seine Zuhörer vor dem New Yorker Rotary Club von der Bündnistreue der Deutschen zu überzeugen.

Auch den Ostpolitik-Kritikern McCloy und Lucius D. Clay, einst US-Militärgouverneur in Berlin, machte der FDP-Vize seine Aufwartung. Genscher: „Die waren eigentlich viel gemäßigter in ihrer Kritik an Bonn, als in einigen Blättern in Deutschland zu lesen war.“

* Im Büro des Präsidenten mit Washington-Botschafter Rolf Pauls, US-Außenminister William Rogers und Nixon-Berater Henry Kissinger.

jährlich einen Sockelbetrag von rund 100 Millionen Mark an die britische Regierung zu zahlen. Darüber hinaus will Bonn Rüstungsgüter nur noch bei Bedarf und von Fall zu Fall kaufen.

Die noch geheimgehaltene Übereinkunft, die erst bei dem offiziellen Besuch des britischen Premiers Edward Heath in der Bundeshauptstadt am 20. März in einem Notenwechsel veröffentlicht werden soll, bringt der sozialliberalen Regierung auch außenpolitische Vorteile. Sie kann damit den Wunsch der Amerikaner nach einem höheren deutschen Verteidigungsbeitrag erfüllen, ohne die Entspannungspolitik durch eine Verstärkung der Bundeswehr zu kompromittieren.

Überdies honorierte London die Bonner Zahlungsbereitschaft mit einer Gegenleistung. Großbritannien beteiligt sich nun doch an dem Nato-Programm, das den Ausbau des Nachrichtennetzes sowie besseren Schutz der Militärflughäfen für insgesamt 1,8 Milliarden Mark vorsieht und ebenfalls amerikanische Forderungen nach höherem Wehraufwand der Verbündeten befriedigen soll. Bonn ist mit über 600 Millionen Mark dabei.

Die Engländer, die zunächst ihre Mitarbeit an dem Programm strikt verweigert hatten, werden nun rund 300 Millionen Mark beisteuern, und Lord Carrington, britischer Verteidigungsminister, gab zu: „Die befriedigenden Ergebnisse der Devisen-Ausgleichsverhandlungen mit der Bundesrepublik haben uns diesen Beitrag ermöglicht.“ Ein AA-Experte sagte es deutlich: „Unsere Zahlungen an die Engländer fließen um die Ecke in den Nato-Topf.“

Als nächste werden sich die Amerikaner aus Bonns offenem Portemonnaie bedienen. Die Bundesrepublik ist bereit, auch den USA künftig wieder direkte Zuwendungen aus dem Haus-

halt zu geben. Um die Höhe der Zuschüsse wird noch gefeilscht; amerikanische Forderungen, die bei 4,3 Milliarden Mark pro Jahr lagen, versuchten in Washington Verteidigungs-Staatssekretär Ernst Wolf Mommsen, AA-Ministerialdirektor Axel Herbst und Außenminister Walter Scheel herunterzuhandeln.

Die Bonner Besucher gaben zu erkennen, daß die Bundesrepublik bei amerikanischem Entgegenkommen bereit sei, Teile der umfangreichen strategischen Rohstoff-Vorräte Amerikas — etwa Öl und Erze — zu kaufen.

Am 10. März kommt Unterstaatssekretär Nathaniel Samuels zur Schlußverhandlung nach Bonn. Die Regierung will bis dahin erreichen, daß die Amerikaner wie die Briten ein Fünf-Jahres-Abkommen schließen. Damit, so hofft Bonn, wäre auch die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen US-Truppenstärke in Westdeutschland längerfristig fixiert.

Regierungssprecher Rüdiger Freiherr von Wechmar: „Wir sind die ständigen Diskussionen im US-Senat über Truppenreduzierung leid.“

MINISTER

GESUNDHEITSBERICHT

Zukunft im Alpengarten

Finanzminister Alex Möller atmete auf: „Endlich ein Reformbericht, der nicht versteckt mehr Geld fordert, als eingeplant ist.“ Doch der Kassenwart für Willy Brandts innere Neuerungen freute sich zu früh.

Denn der erste Gesundheitsbericht, den die Bundesregierung dem Parlament letzte Woche zuleitete, macht weit höhere Ausgaben für Vorsorge-Untersuchungen, Krankenhaus-Bau und Umweltschutz nötig, als das Kabinett bislang zu bewilligen bereit war.

Gesundheitsminister Käte Strobel meinte am vergangenen Mittwoch vorsichtig: „Dieser Bericht ist eine Darstellung dessen, was ist, was sein sollte und was noch getan werden muß.“ Zahlen verschwieg die Reformerin. Ihr Fazit: „Es geschieht viel, aber es geschieht noch nicht genug.“

Was noch passieren muß, ist in einem Reform-Katalog festgehalten. Danach will Käte Strobel beispielsweise

- ▷ den Krankenkassen künftig nicht nur Vorsorge-Untersuchungen auf Krebs und Kinderkrankheiten auftragen, sondern möglichst auch auf Diabetes, Kreislauferkrankungen, Rheuma und grünen Star;
- ▷ den Gesundheitsschutz durch Sofort-Programme für Umwelt, Reform des Lebensmittelrechts, Novellierung des Arzneimittel-Gesetzes und Maßnahmen gegen Drogenmißbrauch verbessern.

Auf Schätzung der Kosten, die das Reformprogramm erfordern würde, hat das Gesundheitsministerium verzichtet. Käte Strobel mag darauf vertrauen, daß zumindest in der Anlaufzeit ihrer Programme in den nächsten vier Jahren — dem Zeitraum der mit-



Gesundheitsminister Käte Strobel
Ohne Geld in die Versuchung

telfristigen Finanzplanung — das Reform-Geld noch reichen wird. Doch schon bei ihrem dringendsten Vorhaben, der Neuregelung der Krankenhaus-Finanzierung, mit der Käte Strobel den Bau besserer Hospitäler voranzutreiben hoffte, droht sie wegen Geldmangel steckenzubleiben.

Beim Finanzminister hatte sie nur relativ geringe Mittel (1971: 300 Millionen, 1972: 600 Millionen Mark) für die Krankenhaus-Finanzierung losessen können. Deshalb bot sie den Ländern und Gemeinden keine Investitionszuschüsse an, sondern nur die Übernahme von Zins- und Tilgungsdienst für Darlehen, die sich die ohnehin finanzschwachen Landesväter und Stadtkämmerer borgen sollten. Auch beim Bettenpreis machte Käte Strobel mutige Annahmen: Für ihre Kredithilfe veranschlagte sie die Kosten eines Krankenhausbettes auf 73 000 Mark.

Die Länderminister dagegen rechneten ihrer Kollegin aus Bonn vor, daß ein Krankenhausbett heute mindestens 100 000 Mark koste. Daran müsse sich der Bund mit einem Drittel beteiligen, und zwar nicht mit Darlehns-Hilfen, sondern mit Investitions-Zuschüssen. Am Donnerstag letzter Woche lehnte das Kabinett das Verlangen der Länder ab.

Um Geld sorgte sich die Nürnberger Hausfrau Käte Strobel auch in anderen Teilen ihres Berichts wenig. So klammerte sie die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen bei ihren Plänen einfach aus. Von dieser Bürde befreit, machte sie sich an die Vorausschau. Beispielsweise würden in 30 Jahren, so Käte Strobels Vision, die Männer die Pille nehmen; „Fischfarmen im Meer und Alpengärten“ würden für eine gesunde Ernährung sorgen. Organ-Transplantationen „werden, ebenso wie leistungsfähige, bioelektrisch gesteuerte Gliedmaßen“, zum medizinischen Standard gehören.

Käte Strobel: „Wir konnten der Versuchung nicht widerstehen, ein solches Kapitel zu bringen.“



Britische Truppen in Deutschland
Um die Ecke in den Topf